Editorial

„L'Europe est un objet politique non identifié.“ Niemals waren Jacques Delors Worte zutreffender als heute. Am Beginn des 21. Jahrhunderts sollten Richtung und Zielsetzung der europäischen Einigung eigentlich allen Beteiligten – Eliten wie Bevölkerung – deutlich vor Augen schweben. Und doch scheint sich wieder einmal die chronische Krankheit des alten Kontinents wie Mehltau über Europa gesenkt zu haben: die „Eurosclerose“. Das ist nun mehr als eine feine Ironie. Fast genau 50 Jahre nach Robert Schumans bahnbrechender Rede, welche den Prozess der europäischen Integration auf den Weg brachte, scheinen sich Unsicherheit, Indifferenz und Lustlosigkeit breit zu machen. Vor zehn Jahren dagegen nahm sich die Marschrichtung wesentlich klarer aus. Nach der Zäsur von 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands konnte es nur ein Ziel geben: die Überwindung der Teilung des alten Kontinents und die Zusammenführung der West- und Osthälfte. Kühner Ausgriff der Union nach Osten aus westlicher Sicht und „zurück nach Europa“ aus östlicher Sicht waren das Gebot der Stunde. Die Weichen schienen in Richtung auf ein Projekt demokratisches Europa gestellt. In der Euphorie des historischen Einschnitts wurde allen Beteiligten und Beobachtern klar, was Not tut. Man musste ja nur die erste mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vergleichen, um untrügliche Schlüsse ziehen zu können: Hier Frieden, Fortschritt und Wohlstand, dort Krieg, Massenvernichtung und Massenelend. Was gab es da schon zu wählen, wenn nicht Europa. Was die Deutschen beherzt vorgebracht hatten, würden die Europäer entschlossen nachmachen; Nach der deutschen Einheit also die europäische Einheit. Mit dieser Rezeptur würden sich im Übrigen gleich

drei Fliegen mit einer Klappe schlagen lassen. Erstens konnte der Weltbürgerkrieg zwischen Kapitalismus und Sozialismus stillgestellt werden zugunsten des einen, was Not tut: der Demokratie. Zweitens konnte ein großes, geeinigtes und starkes Europa der größten Herausforderung seit Beginn der 80er Jahre entgegentreten: der Globalisierung. Drittens würde die weiträumige Einbindung aller ostmittel-, südost- und osteuropäischen Gesellschaften nach dem Zerfall des sowjetischen Reichs das Machtvakuum rasch schließen helfen und jeglichen nationalistischen und ethnipuristischen Alleingängen auf europäischem Boden von vornherein den Wind aus den Segeln nehmen.

Demokratisierung, Regionalisierung und Europäisierung wären in der Tat ein „strong programme“ für Europa gewesen, zumal im Gefolge von 1989 die Gelegenheit dazu erstmals vorhanden war. Allerdings stehen selbst der glücklichen Gunst des Augenblicks Widerstände und Hindernisse entgegen, die in der Euphorie des Moments allzu leicht übersehen werden, gleichwohl als Probleme und offene Fragen fortbestehen. In diesem Fall hatte sich das wiedererstarkte Westeuropa gerade auf den Weg zu einer Wirtschafts- und Währungsunion gemacht, als die Mauer fiel. Dieser Prozess der Vertiefung und die Schaffung einer gemeinsamen Währung, des Euro, absorbierten sämtliche wirtschaftlichen und politischen Kräfte der beteiligten Nationen, um die Konvergenzkriterien der WWU zu erfüllen. Eine überstürzte Erweiterung in der Anfangsphase des riskanten Prozesses der Vertiefung hätte das Experiment der beschleunigten Marktintegration abrupt beendet. Ferner, und das ist heute deutlicher als damals, besteht ein veritables Gefälle zwischen West- und Osteuropa, das

es behutsam und allmählich abzubauen gilt. Die Osterweiterung braucht ihre Zeit, um schonend, verträglich und nachhaltig für beide Seiten auszufallen. Der Prozess der raschen Wiedervereinigung Deutschlands, wiewohl politisch kaum anders zu machen gewesen, ist im Nachhinein ein warnendes Beispiel für eine überstürzte europäische Integration und ihre Folgen. Schließlich ist heute ebenfalls klarer als damals die unvollendete Einigung (West-)Europas: Die marktschaffenden Maßnahmen haben zwar ein ökonomisches Europa aus der Taufe gehoben, was recht gut funktioniert, auch wenn der Euro chronisch schwächelt. Dieser negativen Integration durch Marktvergemeinschaftung fehlt es indes an der notwendigen politischen und sozialen Einheit, der positiven Integration also. Europa heute ist ungefähr so, wie die alte Bundesrepublik einmal war: wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg auf den Schultern Amerikas, wie der Kosovokrieg demonstriert hat.

Jacques Delors meinte jüngst, wenn er alles noch mal von vorn machen könnte, würde er dieses Mal mit der Kultur anfangen. Die vorliegenden Beiträge des Heftes demonstrieren, dass die Aufgabe auch dann kein bisschen leichter ausgefallen wäre. Wo beginnt Europa und wo hört es auf? Was genau heißt europäische Öffentlichkeit? Erleben wir schon so etwas wie eine Europäisierung der politischen Mobilisierung bei Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen? Wie muss man sich die Osterweiterung vorstellen und welche Rolle spielen dabei west- und osteuropäische kollektive Identitäten? Wo ist überhaupt der Fluchtpunkt einer europäischen Identität angesiedelt? Wenn europäische Identität Diversität und Pluralismus heißt, wie geht Europa mit seinem „babylonischen Sprachwarr“ um? Und was ist mit der Schattenseite der europäischen Demokratie – der Tradition mörderischer ethnischer Säuberung? Fragen über Fragen zur Europäisierung, wenn man am kulturellen Ende anfängt. Aber Delors hat Recht – es wird Zeit, dass wir sie zu stellen anfangen.

Folgerichtig unternimmt Peter Flora in seinem groß angelegten Rückblick auf die Geschichte Europas den Versuch, Grenzbildungen und interne Strukturierungen nachzu-

zeichnen. Geschult an dem analytisch fruchtbaren Ansatz von Stein Rokkan schildert er die Etappen politischer Systembildung und Grenzziehung in Europa. Sein Fazit zur Finalität und äußeren Begrenzung des beweglichen Kontinents: „In meinen Augen stößt daher der *politische Einigungsprozess* Europas dort an seine Grenzen, wo Orthodoxie und Islam, unter der Herrschaft des Osmanischen und Russischen Reiches, trotz Kommunismus und Kemalismus, die *politische Kultur* dauerhaft geprägt haben. Denn unabhängig davon, wie man sich in der Frage der Außengrenzen Europas entscheidet, gilt: Soweit Identitäten auch nur problematisch erscheinen, werden bei einer territorialen Expansion der Europäischen Union aus äußeren Grenzen leicht innere Spaltungen.“

Klaus Eder bekämpft einen lieb gewordenen Mythos, wonach es keine politische Öffentlichkeit in Europa gibt. Statt in das allgemeine Lamento einzustimmen, untersucht er, wie es zu einer transnationalen Europäisierung der Öffentlichkeiten kommt. Vielleicht ist es an der Zeit, das am Modell des Nationalstaates geschulte Konzept der Öffentlichkeit ad acta zu legen. Das heißt z.B., statt auf ein europäisches Volk auf eine Pluralität von Akteursnetzwerken zu stoßen, welches impliziert, dass die *volonté de tous*, also die öffentliche Meinung, nicht unbedingt in eine *volonté générale* einmünden muss – Rousseau hatte es gleich geahnt und natürlich befürchtet. Im Gegensatz zu Rousseau ist Klaus Eder zuversichtlich, das aus seinem Vier-Felder-Modell der öffentlichen Artikulation in Europa mehr demokratische Dynamik herauspringt, als der bisherige Diskurs auf diesem Feld zuzugestehen bereit ist.

Wie weit der Weg zu einem demokratischen Europa indes noch ist, demonstriert Dieter Rucht's Überblick zur politischen Mobilisierung in Europa. Ein sicherer Indikator für Europäisierung ist, wenn alle relevanten Akteure und Spieler damit rechnen und sich entsprechend darauf einstellen. Weder die Parteien noch die sozialen Bewegungen, zwei nicht gänzlich Unbeteiligte am politischen Handlungsgeschehen in Europa, haben die Europäisierung für sich entdeckt, solange die nationale Arena so viel

wichtiger für ihr politisches Kerngeschäft ist. Interessenverbände vor allem wirtschaftlicher Natur sind da viel flexibler und betreiben nachhaltiges Lobbying in Brüssel.

Peter Kraus geht der Problematik kultureller Identität in der europäischen Politik anhand des Sprachenproblems nach. Sprache darf als europäisches Politikum erster Ordnung gelten, sonst würde das Prinzip des integralen Multilingualismus – 15 Staaten leisten sich 30 Sprachen – wohl kaum 40% des EU-Verwaltungsaufwandes verschlingen dürfen. Angesichts einer doppelten „double bind-Situation“ wird sich daran auch in naher Zukunft nicht viel ändern: 1. Je stärker die de facto-Dominanz des Englischen wird, desto lauter wird die europäische Multilingualität betont. 2. Wie soll ein legitimes und effizientes europäisches Gemeinwesen ohne eine Öffentlichkeit existieren, wenn man sich nicht einmal auf eine offizielle Sprache wie früher Latein oder Griechisch und ein gemeinsames Mediensystem einigen kann? Kraus hofft, diesen Pluralismus mit dem Subsidiaritätsprinzip und einem reflexiven Identitätsmanagement erhalten zu können und dem vereinseitigenden Zugriff von Westfalen, die nur nationalen Kulturartenschutz kennen, und Kosmopoliten, die jegliche Kultur einem universalistischen Säurebadtest unterwerfen, zu entziehen.

Wie konfliktgeladen der Prozess der Osterweiterung aller Voraussicht nach ausfällt, untersucht Willfried Spohn mit Hilfe eines historisch-komparativen Ansatzes, der eine europäische Zivilisation zu rekonstruieren verspricht. Unter Einbeziehung der Ungleichheitsmatrix zwischen Ost und West analysiert er das sozioökonomische Gefälle, die Demokratieklüfte und die kulturelle Diversität zwischen den beiden Hälften und sagt einen Heterogenitäts- und Differenzierungszuwachs der Europäischen Union voraus, wenn sie sich von jetzt fünfzehn auf 27 oder 30 Staaten erweitert haben wird.

Auch Michael Manns Versuch einer makrosoziologischen Theorie ethnischer Säuberung setzt historisch-komparativ an, um die Schattenseite der Demokratie analytisch besser ausleuchten zu können. 60 bis 120 Millionen Menschen sollen im 20. Jahrhundert ethnischer und politischer Purifikation zum

Opfer gefallen sein, und Mann versucht, dieser Statistik mit einer soziologischen Erklärung auf die Spur zu kommen. Wer von Demokratie reden will, darf von ethnischen Säuberungen nicht schweigen. Zunächst handelt es sich um ein modernes Phänomen, was sich bevorzugt einstellt, wenn eine Makro-Ethnie mit modernen Nationen und Staaten vereinigt wird und wenn Krieg herrscht – dann werden Minoritäten ganz leicht zu einem Feind, den es zu eliminieren gilt. Mann unterbreitet eine Reihe von Definitionen, um das Phänomen genau zu fassen, entwickelt eine Skala der Eskalation – nicht alles ist ethnische Säuberung – und beleuchtet fünf verschiedene historische Konstellationen auf ihre Säuberungsversuche hin. Stets geht es um den Kampf um politische Souveränität und die Frage: Wer kontrolliert den Staat? Stets sind nicht viele, sondern einige wenige Ethnien ein guter Nährboden für Purifikationsversuche und der Krieg liefert den geeigneten Rahmen für die gewalttätige Eskalation. Was gerade in letzter Zeit ein Thema geworden ist, das im Zuge medialer Nachfrage inflationäre Auskunftssucht, profitabel und betroffen, ausgelöst hat, wird hier auf ein sorgfältig begriffliches und analytisches Instrumentarium bezogen, um damit die wirklichen Genozide theoretisch differenziert untersuchen zu können.

Abschließend versucht Johan De Deken dem Problem auf die Spur zu kommen, ob es so etwas wie eine europäische Gesellschaft gibt und worin denn ihre kennzeichnenden Merkmale samt ihrer Ausprägungen bestehen würden.

Europa, so zeigen schon diese wenigen Beiträge, ist ein unvollendetes und vielleicht sogar ja ein unvollendbares Projekt. Wer die historische Tiefendimension bedenkt, wer die Segnungen der europäischen Gemeinschaftsbildung in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat und gleichzeitig die analytischen und empirischen Blindstellen trotz einer breiten Tradition von „European Studies“ bedenkt, wird rasch zugeben, dass das Projekt eines demokratischen Europa nicht nur einen weiten Weg vor sich hat, sondern der weiteren sozialwissenschaftlichen Aufklärung/Analyse bedarf.

Klaus Eder/Hans-Peter Müller